



Noch ist nicht betoniert!



Bürger aus unserer Stadt blockierten die Bauarbeiten an der Startbahn.

Die Blockade der Baustelle war Symbol und Beispiel. Sie richtete sich nicht gegen die Bauarbeiter. So hieß es auch auf einem Schild: „Bauarbeiter: 1981 wurden 110.000 Bauarbeitsplätze vernichtet! – Die Startbahngegner tragen daran keine Schuld!“ Es wurde auch darauf hingewiesen, daß nicht jedes Verbrechen mit Arbeitsplätzen zu entschuldigen sei.

Symbolische Blockade an der Startbahn

Rund 70 vorwiegend ältere Bürger aus unserer Stadt blockierten für über eine Stunde die Bauarbeiten an der Startbahn. Bei den Demonstranten, Mandatsträger aller Parteien und der Ev. Pfarrer aus Walldorf. An Ort und Stelle unterschrieben die Teilnehmer der Aktion einen „Offenen Brief“ an Börner und Dregger, in dem es heißt:

In Vertretung von vielen tausend Bürgern stehen wir – Hausfrauen, Rentner, Arbeiter, Angestellte, Handwerker, Stadtverordnete und Stadträte – an den Toren zur umstrittenen Baustelle der geplanten „Startbahn-West“, um symbolisch den Weiterbau zu blockieren. Die vielfältigen, berechtigten Gründe der Ablehnung des geplanten Bauwerks sind seit Jahren bekannt. Das geplante Bauwerk ist nach wie vor ökonomisch unsinnig und ökologisch unverantwortlich!

Von Ihnen beiden, als mögliche künftige hessische Ministerpräsidenten, fordern wir vor dem Hintergrund neuer Entwicklungen und Erkenntnisse einen sofortigen totalen Baustopp für das Gesamtprojekt Startbahn 18 West!

Sie müssen zur Kenntnis nehmen: Flugbewegungen: Ultimo Juni 1982 ist im Vergleich zum 1. Halbjahr 1980 ein Rückgang der Flugbewegungen um 3.709 (– 3,4 %) zu verzeichnen.

In den Schätzungen für 1990 hat die FAG selbst laut einem internen Papier vom April 1982 ihre Verkehrserwartungen erneut drastisch reduziert.

Gegenüber dem Positionspapier von 1979 erwartet sie jetzt für 1990 ein Rückgang der Passagiere von 25,8 % und bei Fracht und Post einen solchen von 40,7 %.

Beachtet werden muß außerdem der IATA-Beschluß vom 27. Juli 1982, der Flugpreiserhöhungen von 7 % vorsieht.

Wachstumsraten werden fragwürdiger denn je!

Aus alldem ist zu folgern: Der Bau der umstrittenen Startbahn-West wäre eine Fehlinvestition ungeahnten Ausmaßes.

Arbeitsplätze: In den Jahren 1980 und 1981 hat sich der Personalstand der FAG entgegen allen Prognosen nicht verändert. Zwischen der oben erwähnten reduzierten Prognose in den Verkehrsleistungen und der von der FAG nicht reduzierten Arbeitsplatzprognose im neuen Positionspapier, besteht ein offenkundiger, irreführender Widerspruch.

Die neue Prognose der FAG beweist einmal mehr, daß die Startbahn-West sowohl im Hinblick auf die Kapazitätssteigerung, als auch als Arbeitsbeschaf-

fungsmaßnahme eine völlige **Fehlplanung** ist.

Die vom Gericht jetzt festgestellte, rechtswidrige Bau der Untertunnelung ist die alleinige Ursache für die jetzt dort im Baugewerbe brachliegenden Arbeitsplätze! Die Verantwortung dafür tragen **nicht** die Startbahngegner oder das Gericht, sondern die Verantwortlichen in Wiesbaden.

Im übrigen: Tausende von Arbeitsplätzen im Baugewerbe ließen sich schaffen, wenn die Unsummen zum Bau der Startbahn-West z.B. für den sozialen Wohnungsbau eingesetzt würden.

Rechtssprechung: Holger Börner in wiederholten Stellungnahmen: „Alle Gerichte haben gesprochen, das Recht ist auf unserer Seite.“ Durch das Urteil des Verwaltungsgerichtes Frankfurt vom 14.7.82 wird bestätigt, daß **alle** Gerichte eben noch nicht gesprochen haben. Will der hessische Minister-

präsident daraus keine Lehren und Konsequenzen ziehen oder gibt es für die Hessische Landesregierung ein anderes Recht? In diesem Zusammenhang ist auch eine der jüngsten Aussagen von Ihnen, Herr Dr. Dregger:

„Wäre ich Ministerpräsident in Hessen, würde die Startbahn schon gebaut sein“, mehr als fragwürdig. Dies würde nämlich in letzter Konsequenz bedeuten, daß Sie sich noch unbedenklicher über Gerichtsentscheide hinwegsetzen würden. Folgerichtig wäre für uns an dieser Stelle, daß Sie, Herr Ministerpräsident Börner, Ihren für die Genehmigungsverfahren verantwortlichen Ressortminister **sofort** aus seinem Amt entlassen.

Noch ist die Entscheidung über die umstrittene „Startbahn-West“ umkehrbar, auch wenn das mit erheblichen Kosten verbunden wäre. Die Kosten des Weiterbaues und die Folgekosten, sowie die schwer quantifizierbaren Kosten der gigantischen Umweltzerstörung, sind um ein Vielfaches höher.

Auf diesen offenen Brief erwarten wir von Ihnen beiden offene Antworten. **Sofortiger Baustopp** für das Gesamtprojekt! Entlassung von Wirtschaftsminister Hoffie!

Keine Überbewertung fragwürdiger ökonomischer Zielsetzungen und deswegen **Keine Startbahn-West!**

Solidaritätskonzert der DKP

Thommie-Bayer-Band

Floh de Cologne

Eintritt: DM 10,-

Donnerstag, 2. September 1982
19.30 Uhr · Bürgerhaus Mörfelden

Den Reinerlös erhält die Bürgerinitiative gegen die Startbahn West für den Rechtshilfefonds.



Künstler an der Startbahn

Die DKP organisierte „Kunst in den Wald“. Schauspieler, Sänger und eine Liedermacherin traten auf. Christian Pätzold, ein bekannter Faust-Darsteller, wurde anschließend vom Wasserwerfer erwischt.

Noch ist nicht aller Tage Abend!

Man soll keine Illusionen nähren. Trotzdem die Überschrift stimmt: „Noch ist die Startbahn nicht betoniert!“ Die Ereignisse der letzten Wochen haben vielen Bürgern unserer Stadt wieder Mut gemacht. Vor allem nach dem Urteil der 4. Kammer des Verwaltungsgerichtes Frankfurt gab es ein Aufatmen. Endlich mal ein Gericht, das aussprach, was ist, der Tunnelbau ist ein „Schwarzbau“, die FAG baut auf „Unrecht“. Nun stehen eine Reihe weiterer Prozesse an. Rüsselsheim klagt, der BUND klagt und viele Leute hoffen auf die Gerichte. Obwohl man hier nie genau sagen kann, was dabei herauskommt, ist vor übertriebenen Erwartungen zu warnen. Man hat uns schon so oft enttäuscht und mußten erleben, daß das herrschende Recht, das Recht der Herrschenden ist. Das Auge des Gesetzes sitzt im Kopf der herrschenden Klasse. Was wirklich hilft und was die Startbahn-Betonierer bremsen könnte, sind neue und machtvoll politische Aktionen.

Rudi Hechler
DKP-Stadtverordneter

Landtagskandidat
der DKP

Mörfelden - Hochstr. 22
Telefon 22 362



Eines Tages führt man die Todesstrafe ein und begründet dies mit dem Arbeitsplatz für den Henker. Daran dachten viele, als das Lamento der FAG über den Bildschirm ging, der Tunnel-Baustopp würde Arbeitsplätze vermindern.

Tatsächlich wird heute schon jedes Umweltverbrechen mit Arbeitsplätzen entschuldigt.

Das ist bei der Startbahn so und bei der WAA in Nordhessen. Genau das tut jetzt auch die Firma Sehring. Wenn sie nicht 30 Hektar Wald abholzen dürfen, so der Junior-Chef Rudolf Sehring, dann seien 450 Arbeitsplätze im Kiesabbau gefährdet, ebenso die Existenz von weiteren 1500 Menschen, die am Kiestransport hängen. Damit der Kies für die Startbahn anrollen kann, will man also erneut Wald vernichten. Von dem allzu durchsichtigen Unternehmergejammer sollten wir uns nicht beeindrucken lassen. Arbeitslosigkeit ist der „Geburtsfehler“ des kapitalistischen Systems.

Von Kassel bis Darmstadt werden die Arbeitsplätze vernichtet und ein Ende ist nicht abzusehen. In einem Jahr gab es jetzt allein in Hessen 1490 Konkurse.

Die „Gesellschaft für Forschung, Planung und Entwicklung“ (HLT) Wiesbaden rechnet mit einem jährlichen Arbeitsplatzverlust von 0,5 % bis 1985, das sind jährlich ca. 11.000 Arbeitsplätze. Eine Siemens-Studie hat errechnet, daß bis 1990 40 % aller Büro- und Verwaltungsarbeitsplätze verschwinden könnten. Laut Prognos-Studie wird jeder 3. Platz in der hessischen Fahrzeugindustrie bis zum Jahr 2000 verschwunden sein. In Hessen sind durch den hohen Anteil der Fahrzeugindustrie an der Gesamtwirtschaft ca. 200.000 bis 300.000 Arbeitsplätze direkt oder indirekt von diesem Bereich abhängig.

Was ist zu tun? Die wichtigste Lehre ist: Nur wo die Arbeiter und Angestellten gekämpft haben, gibt es Erfolge und Teilerfolge, Betriebsbesetzungen haben es erreicht, daß Konzernpläne durchkreuzt oder korrigiert wurden. So konnten durch aktives Handeln und Solidarität mit den kämpfenden Belegschaften in Hessen einige tausend Arbeitsplätze gerettet werden — das ist mehr als alle leeren Worte von SPD, FDP und CDU. Diese erfolgreiche Lehre gilt es an erster Stelle zu beherzigen.

Wir sollten erkennen: Frieden und Arbeit — das sind zwei wesentliche Forderungen unserer Zeit. Beides ist nicht gesichert. Fast zwei Millionen Arbeitslose bei sinkenden Realeinkommen und eine ebenso sinnlose wie lebensgefährliche Raketenpolitik kennzeichnen die derzeitige Situation in unserem Lande. 46 Milliarden Mark für Rüstung im Jahre 1982 bei gleichzeitigem Sozialabbau und 2 Millionen Arbeitslosen — das kann nicht gut gehen.

Wir fordern: Finanzierung von Beschäftigungsprogrammen durch Beschneidung von Konzernprofiten und Aufrüstungsausgaben, Arbeitszeitverkürzung, Mitbestimmung, Verstaatlichung von Großkonzernen und Verbot von Massenentlassungen.

Ziviler Flugverkehr sinkt – US-Militärverkehr steigt!

Eigentlich sollte das, was das ZDF am Sonntag, den 1.8.82 unter dem Titel: „Rhein-Main-Air Base – Brückenkopf für Europa“ ausstrahlte, eine reine Propagandasendung für die, wie sie sagen, „deutsch-amerikanische Freundschaft“ werden.

Doch es wurden auch, obwohl der Redakteur sorgfältig jeden Hinweis auf die Startbahn-West vermied, einige Tatsachen genannt, die beweisen, daß es beim Bau der Startbahn-West nicht nur um das Profitinteresse der Banken und Konzerne, sondern auch um amerikanische militärische Ziele, ja, um Kriegsvorbereitung geht. Zunächst einige Tatsachen aus der ZDF-Sendung: „Die US-Air Base am Frankfurter Flughafen ist der größte Luftwaffenstützpunkt in Europa; das Tor zu Europa, durch das Millionen amerikanischer Soldaten zum ersten Mal ihren Fuß auf europäischen Boden setzen. Jährlich eine halbe Million, monatlich 60.000. Zur Air Base gehören 10.000 amerikanische Soldaten mit Angehörigen.

Umschlagplatz für Atomwaffen, Panzer und Raketen

Die Air Base ist wichtigster Brückenkopf für die amerikanischen Streitkräfte. Für die schnelle Verlegung von

Truppen aus den USA in die Bundesrepublik, wie in Manövern „Big Lift“ und „Reforger“ geübt wird, ist Rhein-Main-Air Base Hauptlandeplatz für Maschinen wie C 5 Galaxy, des größten Flugzeuges der Welt. Sie stehen in den USA für strategisch wichtige Transporte bereit. Ein großer Teil des militärischen Nachschubs für Europa, von Panzerketten bis zu Raketeenteilen, wird von dieser gigantischen Luftflotte nach Frankfurt/Main gebracht. In ihrem Frachtraum kann die Galaxy jede Art von Ausrüstung befördern. Mehrere Panzer, ein dutzend Lastwagen, sperrige Güter von 120 Tonnen Gewicht oder über 1000 voll ausgerüstete Soldaten.“ Soweit die Informationen aus dem ZDF.

Nimmt man die Statistik des Frankfurter Flughafens über die Flugbewegungen von Januar bis Juni 82 hinzu, aus der hervorgeht, daß die zivilen Flugbewegungen zurückgingen, während 16,5 Prozent mehr amerikanische Militärangestellte befördert wurden, so wird klar, warum die Landtagsparteien und die Oberen der Flughafen AG so hartnäckig an der Startbahn-West festhalten. Sie führen aus, was das amerikanische Militär befiehlt.



Der Drachen an der Mauer. Die es erlebt haben, werden es nicht vergessen. Die Stimmung eskalierte, Polizisten werden von ihren Einsatzleitern „vorgewärmt“, sie packen ihren „Gries-Prügel“ fester – da erscheint der große Drachen. „Was wollt ihr denn in meinem Wald?“, will er wissen. Gelächter kommt auf. Die Lage entspannt sich. Die Polizei geht hinter die Mauer.

Für welche Ziele will das amerikanische Militär die Erweiterung des Frankfurter Flughafens? Dazu ein paar Zitate aus offiziellen amerikanischen Quellen über Ziele und Absichten der Reagan-Regierung.

Am 4.2.1980 schrieb das Organ des amerikanischen Großkapitals, das „Wallstreet Journal“, daß es den USA um die Schaffung einer Weltordnung geht, die im weitestmöglichen Maße auf die amerikanischen Interessen „als kapitalistische Großmacht ausgerichtet ist“.

Collin S. Gray, einflußreicher Militärberater der Reagan-Administration, erklärte: „Wenn die atomare Macht der USA dazu dienen soll, den außenpolitischen Zielen der USA gerecht zu werden, dann müssen die Vereinigten Staaten in der Lage sein, rational Atomkrieg zu führen.“ (Zitiert nach „Blätter für deutsche und internationale Politik“, Köln, Heft 12(80).) In dem amerikanischen Magazin „Time“ vom 1.3.1982 hieß es, die USA seien nicht der Meinung, „daß sie darauf warten können, daß der sowjetische Kommunismus von selbst verschwindet“.

Und die Zeitschrift „News and World Report“ schrieb am 11.1.1982: „Das sowjetische Imperium wird letzten Endes auch aufgelöst werden müssen.“ Von US-Präsident Reagan stammt schließlich der Satz: „In unsere Hände hat Gott das Schicksal einer bedrängten Menschheit gelegt.“ Da wird vom USA-Präsidenten sogar „Gott beschworen“, um die abenteuerlichen Kriegspläne seiner Regierung zu kaschieren. Denn wie die Zitate beweisen, wollen die Herrschenden in den USA „den Kreuzzug gegen den Kommunismus“. Sie wollen die Weltherrschaft und sind, wie Präsident Reagan offiziell erklärte, notfalls auch bereit, den atomaren Erstschatz zu führen.“

**Es bleibt dabei:
Keine Startbahn-West!
Keine neuen Raketen!
Weg mit der US-Air Base!**

Für diese Kriegsvorbereitungen sollen rasch Panzer, Raketen und Soldaten von den USA nach Europa via Frankfurter Flughafen gebracht werden. Vor allem dafür ist die Startbahn-West bestimmt. Das ist die alarmierende Wahrheit.

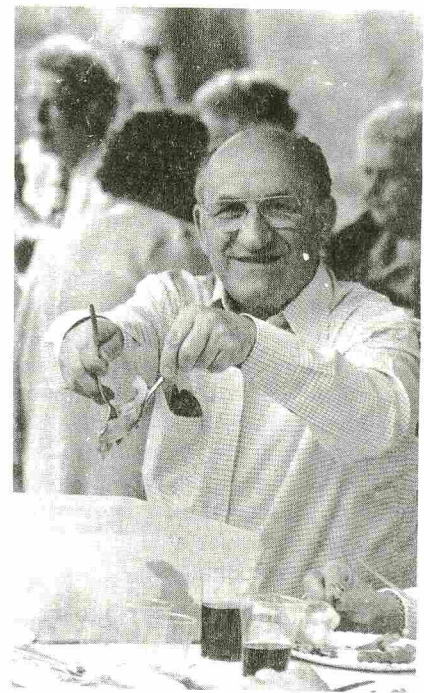
Von den „göttlichen“ Plänen und Vorstellungen des USA-Präsidenten halten die Bürger unserer Region gar nichts. Dafür darf unsere Umwelt nicht zerstört, dafür darf unsere Heimat nicht in größte Gefahr gebracht werden. Heute nicht und morgen nicht.

US-Waffen für Begin über die Air-Base?

US-Waffen für Begin von der Air-Base? In den letzten Wochen konnte man wieder die Massenstarts der Hercules-Militärmaschinen auf Rhein-Main erleben. Viele dabei mit Wüsten-Tarnanstrich. Dabei Maschinen ohne Hoheitsabzeichen. Was geht hier vor? Offenbar läuft über die US-Air-Base auch der Waffennachschub für die israelischen Aggressoren. Die Bomben, Granaten und Raketen, die täglich auf Beirut niedergehen, müssen schließlich ersetzt werden.

Wer bisher noch zweifelte, daß gerade die US-Air-Force außerordentliches Interesse an der Startbahn-West hat, erlebt jetzt erneut die Fakten. Die US-Air-Base und Startbahn-West sind Sprungbrett für amerikanische Eingreiftruppen im Nahen Osten.

Die Startbahn-West, das ist Starrsinn, Prestigedenken, Profit- und Militärinteresse. Es ist richtig, wenn auf den Protestschildern steht: „Keine Startbahn für Profit und Krieg!“



Mehr als ein Jahrgangsausflug

Die Schulkameraden des Jahrgangs 1910/11 machten einen Ausflug nach Graulhet in Frankreich und erlebten dort, was keiner erwartete. Unter riesigen Kastanienbäumen gab es Hammel am Spieß, Wein und eine herzliche Begegnung. Der Gastgeber: Ludwig Cohn. Vor über 50 Jahren ausgewandert, überlebte der Mörfelder Jude in Frankreich das Grauen des Faschismus. Seit 1977 gibt es nun wieder neue Kontakte, und in diesem Jahr fuhr erstmals ein Bus mit 48 Mörfeldern nach Graulhet.

Ludwig Cohn (unser Foto) ist am 23. Februar 1982 71 Jahre alt geworden. Seine Wohnung in Mörfelden war in der Langgasse Nr. 40. Das „Merfelder Gebabbel“ hat er nie vergessen. Wir freuen uns, daß es neue freundschaftliche Kontakte nach Graulhet gibt. Auch wir wünschen Louis Cohn viele gesunde Jahre in einer friedlichen Zeit.

Die „blickpunkt“-Redaktion



Das Engagement vieler älterer Bürger gegen die Startbahn-West ist ein Beleg für die Ernsthaftigkeit des Bürgerprotestes. Auf einem Protestplakat hieß es: „Hoffie, Dregger, Börner: Wir sind noch da!“ Dies sollte man in Wiesbaden einkalkulieren!

unsere zeit
Die Zeitung der arbeitenden Menschen – Zeitung der DKP

Schon mal
gelesen?

UZ

Finanznot der Stadt ist nicht behoben!

In der Zeitung war der Stadtkämmerer zitiert, daß sich die „Finanzlage der Stadt im ersten Halbjahr 1982 gefestigt“ habe. Das erweckt den Eindruck, als habe sich die Finanzlage gebessert. Dem ist aber nicht so. Zwar ist in der Aufstellung der Ausgaben und Einnahmen des Halbjahreskassenberichtes ein ungefährer Ausgleich erzielt worden. Die Ansätze im Haushaltsplan sind in etwa realistisch gewesen. Doch daher abzuleiten, daß sich die Finanzlage gebessert oder stabilisiert habe, ist falsch.

Der Schuldenstand der Stadt hat sich nicht verringert, sondern erhöht. Im Mai und Juni hat die Stadtverordnetenversammlung jeweils eine Million Neukredit beschlossen. Damit wurde die Kassenliquidität wieder hergestellt. Die Finanznot ist gestiegen. Die 30-Millionen-Verschuldungsgrenze dürfte mittlerweile überschritten sein. Aufgrund der hohen Zinssätze ist die Zinslast entsprechend und schränkt den Handlungsspielraum der städtischen Gremien weiter ein. Denn nicht nur wünschenswerte, sondern dringend notwendige Investitionen stehen an. Zu nennen sind hier Verkehrsfragen und Sozialeinrichtungen. Von Verwaltungs- und Magistratsseite wird bei jeder passenden und unpassenden Situation darauf hingewiesen, wie man sich die Lösung des Finanzengpasses vorstellt: Anhebung der Gebühren und Beiträge! Die kommunalen Spitzenverbände, die Landes- und Bundesregierung geben dabei Schützenhilfe. Über den Berechnungsmodus der Schlüsselzuweisungen und Zuschußregelungen für Investitionen werden die Kommunen gedrängt, ihre Gebührenhaushalte „auszuschöpfen“. Da gibt es einerseits die „Argumente“ der „Pragmatiker“ in SPD, CDU und GB, die setzen auf Gebührenerhöhungen. Doch andererseits ist dies nicht im Sinne der Bürgermehrheit. Man muß es immer wieder deutlich sagen: Die Finanzmittel, die im Stadtsäckel fehlen, sind vorhanden, sie werden nur falsch ausgegeben. Denn während man über das „soziale Netz“ streitet und es noch mehr durchlöchern will, wird der Rüstungshaushalt ständig erhöht, werden neue Waffensysteme eingeführt, wird die „Nachrüstung“ beschlossen. Solange die „heilige Kuh“ Rüstung nicht geschlachtet wird, solange wird die Finanznot der Kommunen nicht behoben.

Darüber hinaus ist zu sagen: Notwendig ist die Kürzung der Zahlungen für NATO und EG. (Gerade jetzt haben wir die Kriegsabenteuer der Magret Thatcher und des israelischen Extremisten Begin mitfinanziert.) Notwendig ist die Umgestaltung des Steuersystems, höhere Besteuerung der großen Einkommen, der Millio-

närsvermögen und Dividendenbezüge. Notwendig ist der Abbau aller Steuerprivilegien für die großen kapitalistischen Unternehmen, die Verhinderung der Steuerflucht ins Ausland, die jährliche Milliardenverluste für den Staatshaushalt bedeutet.

Notwendig ist die energische Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität und Bodenspekulation.

Dies muß deutlich ausgesprochen werden. Es wäre Zeit, daß auch die Kommunalpolitiker der anderen Parteien erkennen, wo der Hund wirklich begraben liegt. rd/rh

Abfuhr für Dregger

In der Opelstadt Rüsselsheim bereiteten am 8. August Arbeiter, Angestellte, Handwerker, engagierte Startbahngegner und Kommunisten dem Kandidaten des großen Geldes, Alfred Dregger, CDU, einen heißen Empfang. Mit Sprechchören „Hopp, hopp, hopp, Startbahn Stop“, mit Transparenten gegen die CDU, die Partei des Kapitals, mit Forderungen nach „Arbeitsplätzen statt Raketen“ brachten sie zum Ausdruck, was die arbeitende Bevölkerung Rüsselsheim bewegt. Die Antwort eines der Einpeitscher der Startbahn West, der Atom-Aufrüstung und des Sozialabbaus: CDU-Dregger beschimpfte alle, die nicht seiner Meinung sind, als „Chaoten, die einen Hammer in der Hand halten“, als „Randalierer, dumme Schreihälse, als verwirrte Minderheit“, die nicht verdient habe in der Bundesrepublik zu leben!“ Der seit Jahren als Arbeiter- und Ge-

werkschaftsfeind bekannte CDU-Politiker strich sich und seine Partei, die in ihrer Politik und Praxis stets auf der Seite der Opel-Bosse und Reichen steht, als „Freund und Verbündeter der Arbeiter“ heraus. Die verlogenen Windeier des CDU-Spitzenmannes wurden gelegentlich von empörten Bürgern mit faulen Eiern beantwortet, seine Propaganda-Show war überdies „ein Schlag ins Wasser“, weil die Bürger der Flughafen-Region aus eigener Erfahrung wissen, was von den Sprüchen der Startbahn-Parteien zu halten ist.

Übrigens, am 26. September gibt es eine gute Gelegenheit, allen Landtagsparteien einen gepfefferten Denkzettel zu verpassen. „Roter Pfeffer“ ist bekanntlich besonders wirksam. Deshalb fürchten Dregger und Co. am meisten, Stimmengewinne für die DKP, die Arbeiterpartei.



Einkommenserhöhung von 21,4 Prozent

Wie aus der im Wirtschaftsmagazin „Capital“ (August 82) veröffentlichten Statistik über die Bezüge von Industriemanagern hervorgeht, stiegen im Jahre 1981 die durchschnittlichen Bezüge der Vorstandsmitglieder der Adam Opel AG um 21,4 % auf jährlich 562.022 DM. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Vorstandsbezüge für die Manager, nach Aussagen amerikanischer Wirtschaftsfachleute, nur etwa ein Drittel von deren Einkommen ausmachen. Denn sie erhalten darüber hinaus zahlreiche Vergünstigungen, wie Repräsentationsfonds, Aufwandsentschädigungen, Autos mit Fahrer, Wohnungszuschuß etc. und sind in den meisten Fällen selbst noch reiche Aktionäre anderer Konzerne.

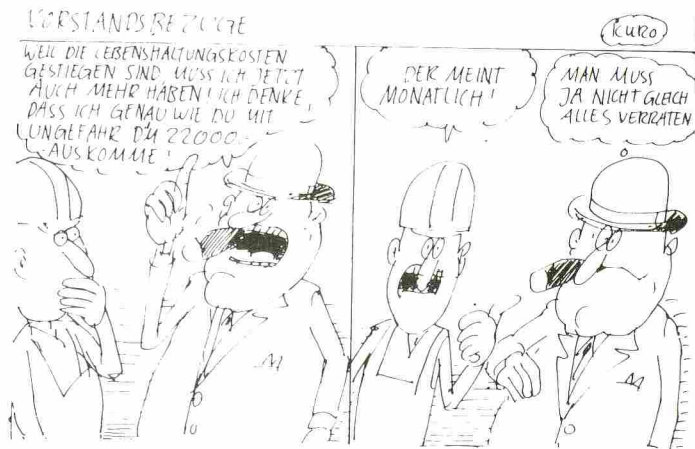
Wir fragen: Welcher Opel-Arbeiter, welcher Angestellte oder Beamte unseres Landes hat im Jahr 1981 sein Einkommen um 21,4 Prozent steigern können? Tatsache ist, daß die Real-löhne stagnieren und zurückgehen, daß Unternehmerverbände und Regierung Lohnpause fordern und neue schwere Belastungen auf die Werk-tätigen abwälzen. Die Arbeiter und Angestellten, das Volk soll ‚bluten und blechen‘. Den Arbeitslosen, Rentnern, Kranken werden Kürzungen und Benachteiligung zudiktieren, während die Reichen und die Superreichen Hundert-tausende und Millionen scheffeln. Von 1972 – 1982 ist in Hessen die Zahl der Besitzer von Großvermögen, der Millionäre und Multimillionäre, von 2000 auf 5000 gestiegen. Ihre Riesenvermögen wuchsen, wie selbst aus den viel zu niedrig angesetzten der Vermögenssteuer-Statistik hervorgeht, auf über 50 Milliarden.

Wenn es darum geht, den Bundesetat auszugleichen, die Etats in den Ländern und Kommunen zu entlasten, dann wäre es doch nur logisch und vernünftig, diejenigen zur Kasse zu bitten, die nie so viel verdient haben wie heute. Extrem unsozial und ungerecht ist es aber, auf Kosten von Arbeitslosen, Rentnern, Kranken und der Jugend zu sparen.

Von den 9 1/2 Milliarden Mark, die im Rahmen der „Operation ‘83“ im Bundeshaushalt gekürzt werden sollen, ist beabsichtigt, wie der DGB-Vorsitzende Breit erklärte, 8 Milliarden den Sozial-schwachen aufzubürden. Gegen dieses soziale Unrecht setzen wir Kommuni-

sten uns gemeinsam mit Millionen zur Wehr.

Wir fordern, die Reichen und Superreichen sollen zahlen, und sie können zahlen. Wer aber, wie die Bundesregierung, die Landtagsparteien, die Unternehmerverbände, den „kleinen Mann“ ausplün-



Empörte Eltern

Vielleicht ist es als Erfolg zu werten, wenn jetzt eine zusätzliche Lehrerin der Gesamtschule (Bertha-von-Suttner-Schule) zugeteilt wurde. Vor den Ferien hatten Eltern und Lehrerschaft gegen die Kürzung des Lehrerbstandes um 12,5 Planstellen energisch protestiert (wir berichteten im „blickpunkt“ 139 darüber). Bei der neuerlichen Elternversammlung Anfang August wurde mitgeteilt, was die Kürzung bedeutet:

Eine 6. Klasse wird aufgelöst, die Kinder werden anderen Klassen zugeschlagen; der Relegationunterricht von der 8. bis 10. Klasse fällt aus; die 3. Sportstunde im 8. Schuljahr fällt aus; Stütz- und Liftkurse (das große Plus der Gesamtschule) können nicht mehr gehalten werden; manche Klassenstärken erreichen die Zahl 40.

Die Eltern- und Lehrervertreter berichteten von ihren Besuchen im Groß-Gerauer Schulamt und beim Kultusministerium in Wiesbaden. Teils verständnisvoll, teils ablehnend bis barsch war dort die Anhörung der berechtigten Sorgen. Fazit: Die Gesamtschule Mörfelden-Walldorf stünde noch verhältnismäßig gut da. Im übrigen komme es in Zukunft noch schlimmer, denn der Lehrerbstand soll in Hessen von 45.000 auf 42.000 gekürzt werden.

der, der trägt nicht dazu bei, die Krise zu bewältigen, sondern verschärft sie, weil er die Massenkaufkraft weiter einschränkt.

Notwendig wäre, bei der Rüstung zu kürzen und die Millionäre und Multimillionäre mit einer 5-prozentigen Vermögensabgabe zu belegen. Das erbrächte viele Milliarden DM für den Ausgleich des Bundeshaushalts. Das wäre wirklich sozial ausgewogen und würde dazu beitragen, die soziale Ungerechtigkeit wenigstens etwas einzudämmen.

Kein Wunder, daß sich die Eltern empört äußern.

Den Lehrermangel muß man vor dem Hintergrund von tausenden arbeitslosen Lehrern sehen. So will man sich mit der Zuweisung einer Lehrerin „nicht den Mund stopfen lassen“. Weiterer Widerstand gegen die heutige prekäre Situation und die düstere Zukunft ist nötig. Über die Zusammenarbeit der Elternvertreter mit anderen Gesamtschulen im Kreisgebiet soll versucht werden, die nötige Breite des Protestes zu erreichen. Ein Koordinierungsausschuß der Eltern will sich über weitere Aktionen Gedanken machen und ihre Vorstellungen einer alsbaldigen Elternvollversammlung vorschlagen.

Daß die Forderungen nach 100 %iger statt 80 %iger Lehrerversorgung „politische Dimensionen“ annimmt, braucht nicht zu wundern. Der „mündige Bürger“, der immer vor Wahlen so hochgelobt wird, denkt eben nach und erkennt die Widersprüche. Wenn einerseits Steuergelder vergeudet, Größtverdiener noch geschmiert werden, Rüstungslasten steigen, braucht man sich nicht zu beklagen, daß die Mittel im kulturellen und sozialen Bereich fehlen.

Rudolf Dötsch

Großes Grillfest der DKP

Am Samstag, 21. August 1982 ab 15 Uhr im Hof des „Goldenen Apfel“ in Mörfelden.

Die Bevölkerung von Mörfelden und Walldorf ist herzlich eingeladen!



Mörfelden gestern

Häuser der Mörfelder Altstadt wurden schon oft unter „Mörfelden gestern“ gezeigt. Bereits im Juni-„blickpunkt“ sprachen wir von der „Bäckergasse“, nämlich der Mittelgasse in Mörfelden. Hier waren vor Jahren drei Bäckereien fast nebeneinander angesiedelt. Heute zeigen wir die Häuser der Mittelgasse Nr. 3 und Nr. 5, wobei sehr deutlich das Schild mit der Aufschrift: „Bäckerei von Georg Weber“ zu erkennen ist. Dieses Haus wurde 1652 erbaut und war als Backhaus bekannt. Vor dem Haus Nr. 3 hatten sich flugs vor dem Fotografen 14 Personen postiert. Die Aufnahme entstand um 1924.

Verantwortlich für den Inhalt: Rudolf Dötsch, 6082 Mörfelden, Schumannstraße 3; Druck: Eigendruck